BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BADEN-WÜRTTEMBERG

Aus der Krise wachsen Chancen

Ein Heft zu **Corona und den Folgen**

Grüne Blätter

MITGLIEDERZEITSCHRIFT · I · 2020 · BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Krise als Chance für einen Aufbruch

Die Corona-Pandemie stellt die Welt auf eine harte Probe. Niemand weiß, wie lange diese globale Ausnahmesituation andauern wird, niemand kann das tatsächliche Ausmaß und die Auswirkungen wirklich absehen. Aber die Krise zeigt uns bereits heute, wie wichtig vorausschauendes politisches Handeln ist. Wir sind überzeugt: Eine solche Krise braucht neue Antworten, nur ein Aufbruch führt nachhaltig aus der Krise.

Von Dr. Sandra Detzer und Oliver Hildenbrand

Corona und die Bekämpfung des Virus werden unser aller Leben, die gesellschaftlichen und politischen Debatten noch lange Zeit prägen. Doch mit jedem Schritt voran – und sei er noch so klein – öffnet sich auch ein Fenster in die Zukunft. Es wird eine Zeit nach Corona geben, aber es ist nicht entschieden, wie unsere Welt nach Corona aussehen wird. Die kommenden Monate stellen uns vor eine Wahl: Schreiben wir eine alte Politik, die alte Brüchigkeit, die alte Überbeanspruchung der Ressourcen, die alten Ungleichheiten fort, verstärken wir sie und schaffen damit neue? Oder treiben wir jetzt beherzt die nötigen Veränderungen voran und bauen Wirtschaft und Gesellschaft auf festen Grund?

Mit ganzer Kraft für Klimaschutz, Innovation und Zusammenhalt

Für diese Aufgabe der Zukunftsgestaltung müssen wir in Politik und Gesellschaft an unserer Zukunftsfähigkeit arbeiten: Für konsequenten Klimaschutz, damit wir unseren Planeten auch für nachkommende Generationen lebenswert erhalten. Für eine innovative Wirtschaft, die die sozial-ökologische Transformation gestaltet, um Arbeitsplätze und Wohlstand nachhaltig zu sichern. Für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen die gleiche Würde, die gleichen Chancen und die gleichen Rechte haben. Das ist der grüne Kompass für eine Politik, die Orientierung und Sicherheit im Wandel gibt.

Ein Moment des kollektiven Innehaltens

Die Corona-Krise zwingt uns, alte Gewissheiten zu hinterfragen, sie ist auch ein Moment kollektiven Innehaltens, des Entdeckens oder Vermissens von Möglichkeiten im Zusammenleben und Erleben. Darin liegt auch die Chance, neue Wege einzuschlagen. Neben viel Schrecken und Leid haben wir in den letzten Wochen auch gesehen, wie ungeheure Kreativität, Initiative und Solidarität entstanden sind. Das macht Mut für die Zukunft. Wir haben erlebt, wie wirksam politisches Handeln sein kann, was möglich ist, wenn der Wille da ist. Lasst uns gemeinsam einen Aufbruch aus der Krise wagen.

Dr. Sandra Detzer

Sandra Detzer ist Landesvorsitzende der Grünen in Baden-Württemberg. Als ehemalige parlamentarische Beraterin für Wirtschaft und Finanzen setzt sich die 40-Jährige besonders für den ökologischen Wandel der Wirtschaft, den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, gute Bildung und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik ein.

Oliver Hildenbrand

Oliver Hildenbrand ist Landesvorsitzender der Grünen in Baden-Württemberg. Er kommt aus dem Main-Tauber-Kreis und studierte Psychologie in Bamberg und Bonn. Sein politisches Herz schlägt für Vielfalt und Zusammenhalt in unserer freien, offenen und vielfältigen Gesellschaft.

Wir schalten um auf digital

Die Corona-Krise fordert unserer Gesellschaft alles ab.Uns als Partei geht es da nicht anders. Aber das politische Leben darf auch in der Krise nicht stillstehen. Darum schalten wir komplett um auf digital. Diese grünen Tools unterstützen dich dabei:

Das Grüne Netz
Das Grüne Netz ist die zentrale Plattform für Mitglieder – hier findest du interne News, Kontaktdaten und eine Liste praktischer Werkzeuge für deine politische Arbeit: **netz.gruene.de**

Wissenswerk
Alle Infos von Landes- und Bundesverband gebündelt in einer Plattform – hier findest du Aktionen, Argumente, Kampagnen und Dokumente: **wissenswerk.gruene.de**

Die Grüne Wolke
Cloudspeicher für Mitglieder und Gliederungen – hier findest du alle Dateien an einem Ort und kannst gemeinsam mit anderen Texte bearbeiten, Kalender teilen und vieles mehr: **wolke.netzbegruenung.de**

Chatbegrünung
Chat und Messenger für alle Mitglieder – chatte online mit Gleichgesinnten zu deinen Themen oder organisiere deinen Kreisverband oder deine Arbeitsgemeinschaft: **chatbegruenung.de**

Videokonferenzen
Ob LAG-Sitzung oder Kreismitgliederversammlung im Moment finden viele Veranstaltungen als Videokonferenz statt. Die meisten KVs haben inzwischen Lizenzen für professionelle Plattformen wie GoTo-Meeting – für alle anderen gibt es **konferenz.netzbegruenung.de**

Bring mehr Grün ins Netz
Folge uns auf Facebook, Twitter und Instagram – bleibe auf dem Laufenden und teile unsere Beiträge: **@gruenebw**

„Wir brauchen ökologische Menschenrechte“

Krisen sind Umbruchszeiten, aber sind sie auch eine Chance für einen Neustart von Wirtschaft und Gesellschaft? Ja, unbedingt, sagt der „tanzende Ökonom“ Christian Felber. Der österreichische Buchautor ist Politikwissenschaftler und Initiator der Gemeinwohl-Ökonomie. Er fordert ein radikales Umdenken in der Bewertung unseres Wohlstands und Lebensstandards und eine Abkehr vom Wachstumsbegriff.

Das Gespräch führe Caroline Blarr

Sie sagen: Die Corona-Pandemie ist eine Chance, Wirtschaft und Gesellschaft umzubauen, fairer und ökologischer zu gestalten. Woher nehmen Sie diesen Optimismus?

Christian Felber Die Fridays-for-Future-Bewegung ist doch ein starkes Signal. Oder nehmen Sie das Biodiversitäts-Volksbegehren in Bayern: 87 Prozent der CSU-Wähler haben das unterstützt. Ich bin überzeugt: Unsere Gesellschaft wird insgesamt nachdenklicher und sensibler.

Und was ist mit den institutionellen Beharrungskräften?

Christian Felber Internationale Studien zeigen, dass die Menschen zunehmend am Bruttoinlandsprodukt als zentrales Messinstrument unseres Wohlstands zweifeln. Warum fragen wir die Bevölkerung nicht einfach direkt - zum Beispiel über Bürgerräte oder -konvente: Welche Kriterien können den eindimensionalen Wachstumsbegriff ablösen? Die 20 meistunterstützten Ideen ergeben dann ein demokratisch definiertes Gemeinwohlprodukt, an dem sich politische und wirtschaftspolitische Entscheidungen in der Zukunft orientieren.

Der Erfolg von Unternehmen soll dann nicht mehr allein am Finanzgewinn gemessen werden, sondern daran, was diese für das Gemeinwohl beitragen... wie lässt sich das darstellen?

Christian Felber Das Grundgesetz sagt: Eigentum verpflichtet. Die bayerische Verfassung geht noch weiter. Da heißt es wörtlich: Alle wirtschaftlichen Tätigkeit dient dem Gemeinwohl. Da ist also eine verfassungsrechtliche Vorgabe. Die aktuelle Gemeinwohl-Bilanz, die bereits von 700 Unternehmen, Gemeinden und Bildungseinrichtungen erstellt wurde, orientiert sich an den demokratischen Grund- und Verfassungswerten - von der Menschenwürde bis zur Nachhaltigkeit. Später könnte die Gemeinwohlbilanz direkt vom demokratisch komponierten Gemeinwohlprodukt abgeleitet werden. Alle Unternehmen, auch Banken und Börsen, müssten darlegen, wie sich ihre Aktivitäten und Investitionen auf das Gemeinwohlprodukt auswirken.

Kann das ein normales mittelständisches Unternehmen leisten?

Christian Felber Schon heute ist jedes Unternehmen ab einer bestimmten Größe verpflichtet, eine Finanzbilanz anzulegen. Das hinterfragt niemand. Die große Lücke ist, dass diese Transparenzpflicht nicht in gleicher Weise für nicht-finanzielle Messgrößen gilt. Wir blenden einfach aus, wie sich wirtschaftliche Entscheidungen auf den sozialen Zusammenhalt, die Ökosysteme oder das Geschlechterverhältnis auswirken – obwohl sich diese Art von Informationen auf unsere demokratischen Grundwerte und -rechte beziehen.

Das lässt sich aber nicht von heute auf morgen umsetzen...

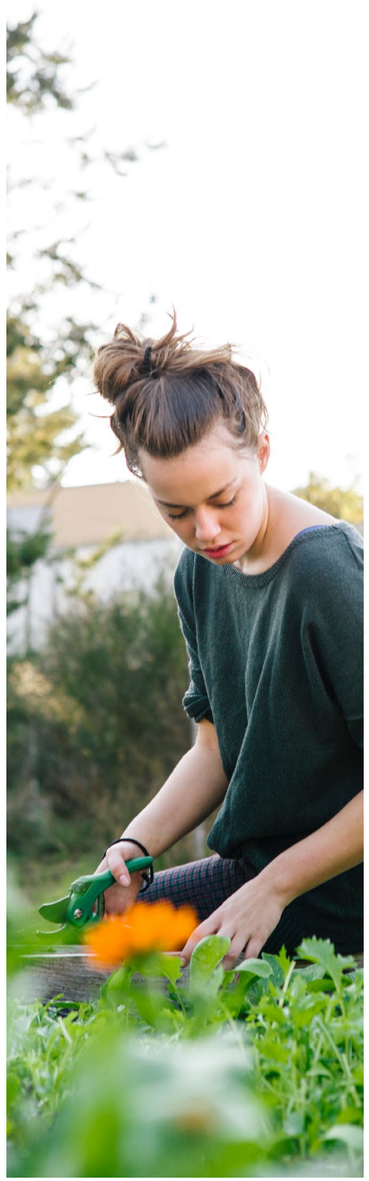
Christian Felber Die ersten 500 Unternehmen haben es schon umgesetzt! In einer Übergangsphase kann man Gemeinwohlbilanzen auf freiwilliger Basis fördern. Als Anreiz könnten Unternehmen, die da vorangehen, weniger Steuern zahlen oder in der Wirtschaftsförderung und bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt werden. So hätte man jetzt bei den Coronahilfen einen sanften Steuerungsdruck einbauen und entsprechend engagierte Unternehmen stärker mit Zuschüssen unterstützen können.

Sie fordern nicht weniger als einen Paradigmenwechsel in unserer Wirtschaftsordnung: Die Ökonomie müsse sich am ökologischen Gleichgewicht ausrichten. Da braucht es ja noch mehr als eine Gemeinwohlbilanz in Unternehmen....

Christian Felber Absolut. Ich sehe drei zentrale Bausteine: Erstens müssen wir den ÖPNV deutlich ambitionierter ausbauen und die Siedlungsstrukturen verdichten, um echte Alternativen für den motorisierten Individualverkehr zu schaffen. Zweitens brauchen wir eine höhere CO_2-Bepreisung von mindestens 100 Euro pro Tonne in Kombination mit flexiblen CO_2-Zöllen, um Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Und mein dritter und wichtigster Punkt: Wir sollten ein individuelles CO_2-Verbrauchsrecht als ökologisches Menschenrecht für jedes Individuum einführen. Das würde Märkte zu radikaler Effizienz treiben. Zudem könnten nicht lebensnotwendige Überschüsse zu einem handelbaren Kontingent werden. Dieses könnten ärmere Menschen mit mangelnder finanzieller Kaufkraft an vermögende Personen mit knapper ökologischer Kaufkraft verkaufen: eine Win-win-Situation.

Wie wollen Sie für diese Ideen Mehrheiten erreichen in einer Welt, die gleichzeitig starke nationalistische Tendenzen hervorbringt?

Christian Felber Indem wir uns daran erinnern, dass wir die erste und zweite Generation der Menschenrechte auch mühsam, aber am Ende eben erfolgreich durchgesetzt haben. Und ich fordere ja nichts Revolutionäres: Nach den politischen und sozialen Menschenrechten sind ökologische Menschenrechte doch nur der nächste logische Schritt!



Mit Verstand und Moral aus der Krise

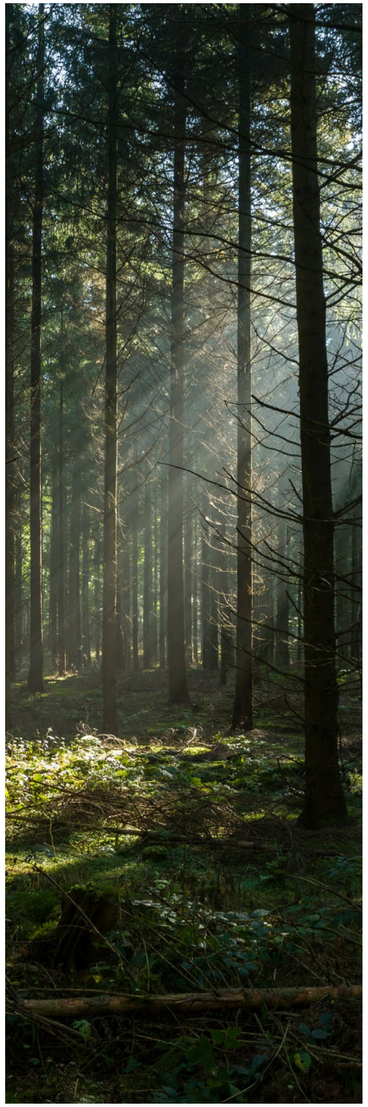
Damit wir jetzt die richtigen Entscheidungen treffen können, brauchen wir mehr als reines Faktenwissen. Wir brauchen eine Ethik, die unsere moralische Intuition einbezieht und den Blick über unseren Tellerrand wirft. Wir brauchen Solidarität und Gerechtigkeit nicht nur in Europa, sondern weltweit.

Von Dr. Günther Renz

In der Verunsicherung, die die Corona-Pandemie bewirkt, ist zweierlei gefragt: Erstens das aktuell verfügbare Wissen - zu Infektionsrisiken, Krankheitsverläufen usw. - und zweitens die moralisch-ethische Bewertung, aus der persönliche und politische Entscheidungen hervorgehen. Das Erstere bildet dabei die Grundlage, so begrenzt das Wissen um die Fakten auch ist. Denn oft ist klar, was zu tun ist, wenn klar ist, was der Fall ist. Dazu verhilft die moralische Intuition. Der Sozialpsychologe Jonathan Haidt hat Empfangskanäle ausgemacht, auf denen praktisch alle Menschen moralisch ansprechbar sind. Ähnlich wie beim Geschmackssinn verfügen wir über moralische „Rezeptoren“:

- Wir können Mitgefühl empfinden.
- Wir haben ein Empfinden für „Heiliges“.
- Wir wehren uns gegen Unterdrückung und streben nach Freiheit
- Wir haben ein intuitives. Verständnis für Gerechtigkeit und Fairness.
- Wir sind bereit zur Kooperation.

Die Unterschiede in unserer moralischen Bewertung liegen oft daran, dass wir diese Aspekte unterschiedlich gewichten und das tun auch die unterschiedlichen Ethiken:



Mitgefühl trifft Autonomie

So können für die einen ihr Mitgefühl zentral sein und die Bilder aus Italien völlig ausreichen, um die Einschränkung der eigenen Freiheiten zu tolerieren. Aber sie werden auch mitfühlen mit den isolierten vulnerablen Personen, Möglichkeiten des Kontakts einfordern – und sich z.B. auf eine Care-Ethik im Sinne Carol Gilligans berufen.

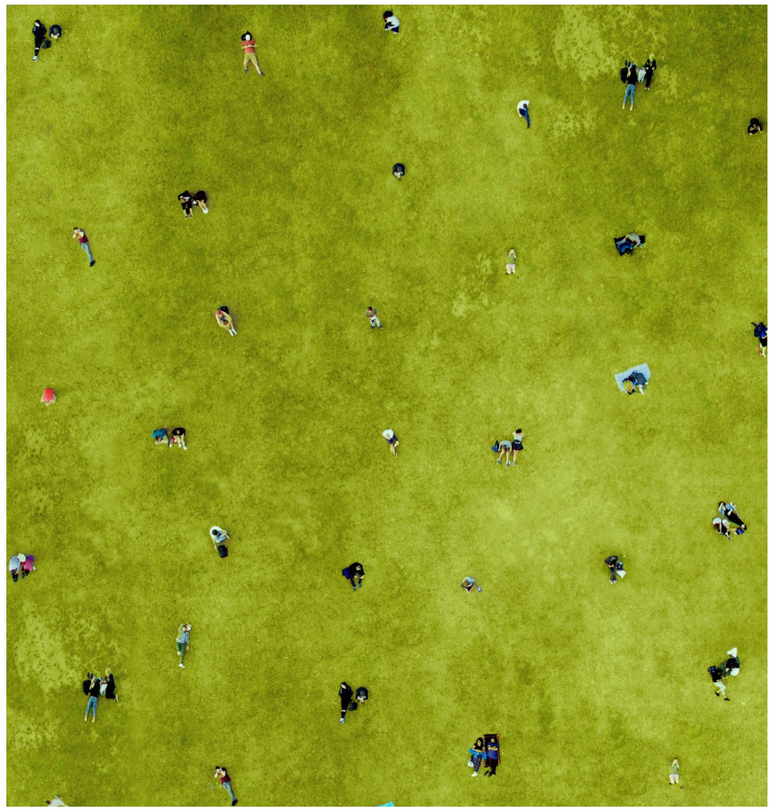
Für anderen ist das Leben an sich heilig und sie werden deshalb Maßnahmen zur Erhaltung des Lebens befürworten. Jürgen Habermas versteht das Grundgesetz so, dass der (von der Menschenwürde untrennbare) Lebensschutz zentral ist, weil Leben die Voraussetzung aller anderen Grundrechte (z.B. Versammlungs- und Religionsfreiheit) ist.

Wieder andere können die Einschränkung der persönlichen Freiheit als moralisch inakzeptabel empfinden. Julian Nida-Rümelin sagt: „Autonomie, Autonomie, Autonomie – und zwar aller, auch der Älteren und der Vorerkrankten!“

Was ist gerecht - die Frage stellt sich durch Corona neu

Und wahrscheinlich werden alle Gerechtigkeitsüberlegungen anstellen, um für die einzutreten, die besondere Belastungen tragen. Dazu gehören etwa Alleinerziehende, durch häusliche Gewalt Bedrohte und Kinder, die nicht über die nötigen Lernmittel verfügen. Auch die Generationengerechtigkeit im Blick auf die Staatsschulden sind ein Thema, das sich allerdings relativiert durch den Blick auf Erbschaften und Schenkungen von 400 Milliarden Euro im Jahr und deren unverdiente Verteilung. Folgenreiche Gerechtigkeitsüberlegungen stellen Utilitaristen an, die die gewonnen Lebensjahre abwägen wollen gegen den Preis der Lockdown-Maßnahmen. Der Utilitarismus stellt dafür einen einheitlichen Maßstab zur Verfügung: Die Summe an Wohlbefinden (pleasure) von allen (!) betroffenen Menschen. Als Recheneinheit kann der QALY (qualitätskorrigierte Lebensjahre) dienen: 1 QALY ist ein Lebensjahr bei bestem Wohlbefinden (oder zwei Lebensjahre mit mittlerem Wohlergehen). In Großbritannien darf eine medizinische Intervention, die einen QALY bringt, in der Regel nicht mehr als 30.000 Pfund kosten. Verständlich, dass dort gezögert wurde, „um jeden Preis“ Leben zu retten. Es gibt Versuche einer QALY-Berechnung für die Corona-Maßnahmen - etwa vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. Sie sind allerdings mit vielen problematischen Annahmen verbunden und lassen die Wirkungen auf viele Betroffene außen vor. Und letztlich würde das bedeuten: Wir müssten einer komplizierten Berechnung vertrauen und nicht unseren moralischen Institutionen, nicht unseren ethischen Grundsätzen.

Nahezu alle Ethiken kennzeichnet ihre Forderung nach Verallgemeinerbarkeit. Sie gehen damit über unsere moralischen Intuition hinaus. Denn unsere Fähigkeit zur Kooperation und Solidarität (die sich durchaus beeindruckend in der bisherigen Krise zeigte), hat eine Schattenseite: Wir sind geneigt, andere auszuschließen. Weltweite Gerechtigkeit und ein Handeln, das auf Mitgefühl basiert - auch mit Geflüchteten oder Corona-Infizierten in Indien: Zu solch radikalen Schlüssen kommt unser Verstand, wenn wir ihn ergänzend zu unserer moralischen Intuition zu Wort kommen lassen.



Quellenverzeichnis: **gruene-bw.de/mit-verstand-und-moral-aus-der-krise**

Dr. Günter Renz

Unser Redaktionsmitglied Günter ist Theologe und war stv. Direktor der Ev. Akademie Bad Boll. Er beschäftigt sich im Ruhestand mit „Ökologischer Ethik“.

Impressum

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Königstraße 78 · 70173 Stuttgart
Telefon: 0711-99 35 90
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Redaktion: Caroline Blarr, Marcel Emmerich, Isabella Hoyer, Julia Link, Carsten Preiss, Günter Renz, Michaela Schorpp, Anne Thorand

Layout: Carsten Preiss

Druck: Auf Umweltpapier bei Dierichs Druck+Media GmbH & Co KG, Kassel. Auflage: 15.000 Exemplare.

Bildquellen:
1) © gettyimages.com/lirtlon
3) © thenounproject.com & gruene.de
4) © christian-felber.at
5) © friedlundpartner.at
6) © gettyimages.com/ae-photos
7) © gettyimages.com/pixelfit
8) CC-0 unsplash.com/impossible_monster

Systemrelevant – ja, Gut bezahlt – nein

In diesen Zeiten ist viel von systemrelevanten Berufen die Rede. Eine Studie zeigt: Die Beschäftigten sind oft weiblich, verdienen unterdurchschnittlich und erfahren wenig Wertschätzung. Damit muss Schluss sein. Wir müssen die Corona-Krise für eine echte Aufwertung dieser Berufe nutzen.

Von Gabriele Frenzer-Wolf

Es sind die Frauen, die in der Corona-Pandemie die Gesellschaft am Laufen halten. Ein großer Teil der systemrelevanten Berufe hat einen Frauenanteil von 70 Prozent. Es sind die Kolleginnen in den Gesundheitsberufen, im Lebensmittel- und Drogerie-Einzelhandel, in Erziehungs- und Sozialberufen, in der Verwaltung und in der Reinigungsbranche, die in dieser Zeit in vorderster Linie stehen und stark belastet sind. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom 24. März 2020.

Doch allem Klatschen auf Balkonen zum Trotz ist das Prestige gerade dieser Tätigkeiten mau. Selbst Krankenpflegeberufe werden im Vergleich zu allen untersuchten Berufen unterdurchschnittlich bewertet, wie die DIW-Studie zeigt. Besonders gering ist das Ansehen der Reinigungsberufe. Auch die Arzt- und Praxishilfen stehen nicht hoch im Kurs. Ohne deren Wirken könnten Ärztinnen und Ärzte ihre hoch geschätzte Tätigkeit allerdings kaum ausüben.

Sieben Prozent unter Durchschnitt

Die mangelnde Wertschätzung drückt sich auch in einer unterdurchschnittlichen Entlohnung aus. Während der durchschnittliche Bruttostundenlohn aller Berufe 19 Euro beträgt, liegt dieser bei den systemrelevanten Berufen rund sieben Prozent unter dem Durchschnitt. Am schlechtesten schneiden dabei die Tätigkeiten im Lebensmitteleinzelhandel, die Reinigungsberufe und die Arzt- und Praxishilfen ab. Mehr als 90 Prozent der Beschäftigten in der kritischen Infrastruktur verdient unterdurchschnittlich. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt das Statistische Bundesamt.

Wertschätzung muss auf dem Gehaltszettel sichtbar sein

Applaus und warme Dankesworte genügen nicht. Harte Arbeit, bescheidener Lohn – damit muss spätestens nach Corona Schluss sein. Die Wertschätzung sollte sich regelmäßig zum Monatsende auf dem Gehaltszettel niederschlagen. Wer in diesen Berufen arbeitet, soll davon leben können, die Miete bezahlen und damit in Würde alt werden können. Der Corona-Krise muss eine echte Aufwertung dieser Berufsgruppen folgen, insbesondere durch die Ausweitung der Tarifbindung.

Gabi Frenzer-Wolf

Die stv. Landesvorsitzende des DGB ist Volljuristin, Kämpferin für Gleichstellung – nicht nur für Frauen – und Gewerkschafterin mit Herzblut.